

1140 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. Juni 1974,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965
geändert wird (5. Pensionsgesetz-Novelle)

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sollen analog dem Familienlastenausgleichsgesetz, bei der Er-
mittlung der Einkünfte für Zwecke der Beurteilung des Anspruches
auf Haushaltszulage jene Bezüge außer Betracht bleiben, die
ein Kind auf Grund einer ausschließlich während der Schul(Hoch-
schul)ferien ausgeübten Beschäftigung bezieht. Weiters soll in
Anpassung an die neue Terminologie des Strafrechts der Anspruch
auf Ruhe- bzw. Versorgungsgenuß bei einer Verurteilung zu einer
mehr als einjährigen Freiheitsstrafe erlöschen, wenn nicht diese
Rechtsfolge der Verurteilung bedingt nachgesehen wird.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 2. Juli 1974 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch
zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. Juni
1974, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965
geändert wird (5. Pensionsgesetz-Novelle), wird kein Einspruch
erhoben.

Wien, am 2. Juli 1974

Hermine K u b a n e k
Berichterstatte

S e i d l
Obmann